

Medienkonferenz vom 7. November 2011

«Frankenstärke und Arbeitsmarkt: Arbeitgeber und Politik sind gefordert»

Es gilt das gesprochene Wort

Keine zusätzliche Belastung für die Wirtschaft: Nein zur Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Wolfgang Martz, Vizepräsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Nach der Beratung im Parlament liegt die Initiative von Travail Suisse «6 Wochen Ferien für alle» abstimmungsreif auf dem Tisch. Der Schweizerische Arbeitgeberverband lehnt diese Initiative entschieden ab. Sie ist für die Mehrzahl der Beschäftigten unnötig, sie schränkt den Spielraum für sozialpartnerschaftliche Lösungen ein, und sie setzt ein falsches Signal zur weiteren Erhöhung der Arbeitskosten am Wirtschaftsstandort Schweiz.

Kommt dazu: Die Schweizer Wirtschaft hat bereits sehr hohe Arbeitskosten und muss heute zusätzlich in vielen Bereichen gegen die Folgen des starken Frankens kämpfen. In den Exportbranchen wird vielerorts länger gearbeitet – zum gleichen Lohn. Die Forderung nach mehr Ferien steht in dieser Situation völlig quer in der Landschaft.

Sozialpartnerschaftliche Regelungen sind besser

Obwohl der gesetzliche Ferienanspruch vier Wochen pro Jahr beträgt, profitieren heute sehr viele Arbeitnehmende von Gesamtarbeitsvertrags- oder Firmenregelungen, die weit darüber hinausgehen. So erhalten die Beschäftigten in der Bauwirtschaft, in der Druckindustrie und in der Uhrenindustrie bis zum 50. Altersjahr fünf Wochen und danach sechs Wochen Ferien. Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat eine nahezu gleich grosszügige Lösung, und in der MEM-Industrie sind die 40 bis 50-Jährigen sogar noch besser gestellt. Auch in anderen Branchen liegen die effektiven Ferienansprüche, vor allem für die mittleren und oberen Alterskategorien, deutlich über vier Wochen. Zudem haben die Beschäftigten noch acht bis zehn bezahlte Feiertage. Von einem Feriendefizit der Beschäftigten in der Schweiz kann deshalb nicht die Rede sein, zumal sie auch im internationalen Vergleich gut abschneiden. Man darf eben nicht nur auf die Spitzenreiter Deutschland und Frankreich schauen, sondern muss auch auf die angelsächsischen Staaten oder Japan achten.

Entscheidend ist, dass die guten effektiven Ferienbedingungen in der Schweiz von den betroffenen Sozialpartnern auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse der jeweiligen Branchen oder Unternehmungen abgestimmt sind. Diese Differenzierungsmöglichkeiten gingen mit der Erhöhung des gesetzlichen Minimums von vier auf sechs Wochen Ferien verloren. Die Sozialpartner hätten keinen Spielraum mehr, um in ihren Verhandlungen praxisnahe Lösungen entsprechend ihren Präferenzen – zum Beispiel zu Ferien und Lohn – zu vereinbaren.

Mehr Ferien bedeuten nicht zwingend mehr Erholung

Sicher: Die Arbeitnehmenden sollen von der höheren Arbeitsproduktivität profitieren können. Das muss aber nicht a priori in Form von verlängerten Ferien geschehen. Für viele Arbeitnehmende sind andere Elemente der Arbeitsbedingungen ebenso wichtig – wie zum Beispiel die Dauer der Arbeitszeit, die Höhe der Löhne oder die mögliche Flexibilität der Arbeitszeit.

Sicher ist weiter: Ferien tragen zum Wohlbefinden der Arbeitnehmenden und damit zu deren Gesundheit bei. Mehr Ferien bedeuten aber nicht automatisch mehr Erholung und mehr Entspannung. Es ist jedem Arbeitnehmenden freigestellt, wie er seine Ferien verbringt. Zwar ist aus der Sicht des Gesetz-

gebers die Erholung der Zweck der Ferien. Die Ausgestaltung dieser Erholung bleibt aber dem Einzelnen überlassen.

Zu beachten ist zudem: Längere Ferien bedeuten auch längere Stellvertretungszeiten für die übrigen Mitarbeitenden. Dazu folgende Zahl: 99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende, 88 Prozent gar weniger als 10 Mitarbeitende. In solchen Kleinbetrieben wirken sich zusätzliche Ferien direkt aus. Entweder müssen die Firmen Produktivitätseinbussen in Kauf nehmen – oder die anderen Mitarbeitenden müssen die Ferienabwesenheiten durch Stellvertretungen und damit zusätzliche Belastungen ausgleichen.

Gefährdung der Arbeitsplätze durch höhere Kosten

Die Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Ferienanspruchs von sechs Wochen für alle Arbeitnehmenden ist überbissen und setzt ein falsches Signal für die Entwicklung der bereits hohen Arbeitskosten in der Schweiz. Wenn diese weiter steigen, schadet dies der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz. Die Annahme der Initiative würde die Arbeitskosten deutlich erhöhen. Bei einer zusätzlichen Ferienwoche beträgt diese direkte Kostenerhöhung über zwei Prozent. Darüber hinaus drohen den Unternehmen aber auch noch Organisationskosten und/oder ein Wertschöpfungsausfall. Diese Belastungen sind für viele Betriebe nicht verkraftbar und müssten letztlich durch ein Einfrieren der Löhne wieder kompensiert werden, wenn nicht Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden sollen.

Um es in absoluten Zahlen zu sagen: Im Jahr 2008 betrugen die AHV-pflichtigen Einkommen der unselbständig Erwerbenden 285 Milliarden Franken. Zwei Prozent zusätzliche Kosten würden also rund 5,7 Milliarden Franken ausmachen. Geht man davon aus, dass die Arbeitnehmenden in der Schweiz durchschnittlich 4,9 Wochen Ferien haben, dürften sich die zusätzlichen Arbeitskosten bei einer Annahme der Ferieninitiative grob und zurückhaltend geschätzt auf rund 6,3 Milliarden Franken belaufen.

Die Schweizerische Volkswirtschaft ist weltweit eine der wettbewerbsfähigsten. Diese Wettbewerbsfähigkeit haben die Beschäftigten mit ihrem Einsatz geschaffen, denn als rohstoffarmes Land muss die Schweiz ihre Wirtschaftskraft vor allem aus der Arbeit schöpfen. Wenn mit zusätzlichen Ferien der Arbeitseinsatz reduziert wird, dann leiden auch die Wettbewerbsfähigkeit und der Wohlstand unseres Landes.

Der Verlockung widerstehen – mit einem entschiedenen Nein

Fazit: Der Schweizerische Arbeitgeberverband lehnt – wie auch Bundesrat und Parlament – die Ferieninitiative klar ab. Wir zählen darauf, dass auch die Arbeitnehmenden bei der Abstimmung zur Vorlage eine gesamtheitliche Betrachtung vornehmen und der trügerischen Verlockung von zusätzlichen Ferien widerstehen – im Interesse der ganzen Wirtschaft.